
Die Vorbereitung der deutsch-deutschen Währungsunion 1989/90 oder: Mein Beitrag zur deutschen Einheit

THILO SARRAZIN

Dr. Thilo Sarrazin, Finanzsenator von Berlin a. D., Mitglied des Vorstandes der Deutschen Bundesbank a. D.

Zusammenfassung: Am 10. November 1989 fiel die Mauer. In den folgenden Tagen offenbarte sich mir, dass dort etwas grundstürzend Neues passierte und niemand im großen Bundesministerium der Finanzen wusste, was man tun könne, um in der DDR einen Prozess des Wandels in die richtige Richtung zu unterstützen. So geschah es, dass es mir oblag, sich dieser Sache anzunehmen. Dieser Text erläutert meinen Beitrag über die Vorbereitungen der deutsch-deutschen Währungsunion und meine persönlichen Eindrücke, die ich in dieser Zeit sammeln konnte. Dabei werde ich auf die Verhandlungen über einen von der DDR verwalteten, aber mit bundesdeutschen Mitteln gespeisten Reisedevisenfonds eingehen. Im Anschluss werde ich meine Überlegungen über das Konzept einer deutsch-deutschen Währungsunion darlegen. Danach werde ich noch auf einige Einwände eingehen, die gegen den damals beschrittenen Weg immer wieder erhoben werden.

→ JEL Classification: N14

→ Keywords: Wiedervereinigung, deutsch-deutsche Währungsunion, Reisedevisenfonds

Der Beitrag gibt die persönliche Meinung des Autors wieder.

I Einleitung

Das Jahr 1989 in der alten Bundesrepublik Deutschland begann unspektakulär. Die Wirtschaft lief ordentlich, aber es gab einen gewissen undefinierbaren Missmut im Land. Bundeskanzler Kohl schien seine besten Zeiten hinter sich zu haben. Allgemein ging man davon aus, dass die Bundestagswahl 1991 einen Machtwechsel mit sich bringen würde. In der CDU sammelten sich unzufriedene Putschisten, um einen Wechsel im Parteivorsitz herbeizuführen. Ich war damals Ministerialrat im Bundesfinanzministerium, 44 Jahre alt, und leitete seit bald sieben Jahren das Referat für Finanzfragen des Verkehrs und Verkehrsbeteiligungen. Auch ich spürte ein unbestimmtes Bedürfnis nach Veränderung.

Die Gelegenheit ergab sich, als mein damaliger Abteilungsleiter Horst Köhler in die Abteilung Geld und Kredit wechselte und dort gleichzeitig das Referat „Nationale Währungsfragen“ frei wurde. Horst Köhler und ich hatten ein gutes Verhältnis, und spontan fragte ich ihn, ob ich nicht mit ihm wechseln könne. Er hatte nichts dagegen, und so übernahm ich zum 1. August 1989 das Referat „Nationale Währungsfragen“.

Nach vier Wochen in der neuen Verwendung bereute ich den Wechsel zutiefst. In der alten Funktion gab es ständig was zu entscheiden – hier eine falsche Beschaffung bei der Bundesbahn, dort ein Skandal bei der Postkrankenkasse und dazu der Streit um die Personalwirtschaft bei Bahn und Post, Diskussionen um den neuen Bundesverkehrswegeplan, Aufsichtsratsstätigkeiten und die Verwaltung der Verkehrsbeteiligungen. Es war immer etwas los. Ich war beschäftigt, konnte gestalten und bin viel gereist.

In meinem neuen Referat mit seinen vier Mitarbeitern herrschte dagegen vorwiegend himmlische Ruhe, die mir bald entsetzlich auf die Nerven ging. Die eigentliche Geldpolitik lag ja in der alleinigen Verantwortung der Bundesbank, und wir waren im Wesentlichen darauf beschränkt, die Leitung des BMF fachlich zu beraten. Als dramaturgischer Höhepunkt des Referatslebens stellte sich heraus, dass alle 14 Tage für Staatssekretär Tietmeyer ein Vermerk zur Sitzung des Zentralbankrats gefertigt werden musste, wo er als Gast teilnahm. Ich hatte den Verdacht, der Staatssekretär käme auch ganz gut ohne diesen Vermerk aus, er sei nur zu höflich, es zu sagen, denn er äußerte nie Kritik und hatte auch keine Änderungswünsche.

Da war es eine willkommene Herausforderung, dass seit April 1989 der sogenannte Delors-Bericht über die Möglichkeit einer Europäischen Währungsunion vorlag und nun die deutsche Haltung dazu formuliert und in der Bundesregierung abgestimmt werden musste. Im Finanzministerium betrachteten wir damals mehrheitlich alle Überlegungen für eine Europäische Währungsunion als Anschlag auf die deutsche Stabilitätskultur. Ich war sehr dankbar, dass Horst Köhler mich im Spätsommer und Herbst 1989 bei der Meinungsbildung zum Delors-Bericht immer wieder einbezog.

Währenddessen war gleichzeitig am Horizont ein fernes Wetterleuchten: Die Kommunalwahl in der DDR hatte zu bislang ungeahnten Protesten wegen angeblicher Wahlfälschungen geführt, Ungarn baute die Grenzanlagen ab, die Aussiedlerzahlen schwollen an. Am 40. Jahrestag der DDR sagte Gorbatschow „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.“ Honecker stürzte und wurde durch Egon Krenz ersetzt. Das waren für mich Ereignisse, die nichts mit meiner beruflichen Tätigkeit zu tun hatten. Ich bezog sie auch gar nicht unmittelbar auf die Bundesrepublik oder auf uns, sprich die Verwaltung oder gar auf mich.

2 **Der Fall der Mauer**

Eines Freitagmorgens – es war der 10. November 1989 – las ich um halb acht (Ministerialräte verlassen um acht Uhr das Haus und erreichen um halb neun das Amt) im Bonner Generalanzeiger: „Die Mauer ist offen.“ In der FAZ stand das noch nicht, denn die hatte dafür zu früh Redaktionsschluss. Im Finanzministerium gab es am späten Nachmittag eine Abteilungsleiter-sitzung zur neuen Lage, zu der mich Horst Köhler mitnahm. Der Leiter der Zollabteilung verlas die Statistik über die Zahl der Grenzübertritte an der innerdeutschen Grenze, Grenzstation für Grenzstation, überall waren es Zehntausende. Die Verlesung dieser monotonen Zahlenkolonne in sachlicher Beamtenstimme berührte mich erstaunlicherweise mehr als die Jubelbilder im Fernsehen. Ich spürte, dass Unwiderrufliches geschehen war und die Zukunft radikal anders sein würde als die Vergangenheit. Ich wusste auch, ich hatte mein Thema gefunden, das Larifari der letzten Monate war vorbei.

Nach der Sitzung bat mich Horst Köhler zu sich, man müsse doch jetzt überlegen, was man tun könne und was der Bundesfinanzminister dem Bundeskanzler vorschlagen solle, um in der DDR einen Prozess des Wandels in die richtige Richtung zu unterstützen. Ich schlug ERP-Darlehen und Beratungshilfe für die DDR bei der Umstellung auf die Marktwirtschaft vor. Das Gespräch zog sich lang hin, es endete im Entwurf eines Schreibens von Waigel an Kohl, in dem Vorschläge unterbreitet wurden. Ich habe nie erfahren, ob dieses Schreiben so auch abgesandt wurde, aber es war der erste von vielen langen Abenden im Büro über die nächsten 18 Monate. Der Briefentwurf war für mich eine wichtige Fingerübung, das erste Schriftstück in eine Reihe von zahllosen Vermerken, über die Folgen des Mauerfalls, über die DDR-Wirtschaft und dann mehr und mehr über die deutsche Einheit und ihre Folgen.

In den folgenden Tagen offenbarte sich im Bundesfinanzministerium eine paradoxe Situation, die es auch sonst häufig im Leben gibt: Es war etwas grundstürzend Neues passiert und niemand war zuständig. Und da sich im großen BMF auf der Fachebene niemand zuständig fühlte, gab es auch keine Ideen (Sarrazin 2010c).

In solchen Situationen suchen sich Zuständigkeiten wildwüchsig ihren Adressaten. Horst Köhler spürte die allgemeine Ideenlücke und nahm mich überallhin mit. Da ich von der ersten Minute an immer zu Besprechungen bezüglich der Entwicklungen in der DDR hinzugezogen wurde, war ich nach gefühlten fünf bis neun Tagen der DDR-Experte im 1800 Mann starken Bundesfinanzministerium. Ich saß jeden Abend bis 20 oder 21 Uhr im Büro und sammelte weiter fleißig Informationen. Aber wir hatten alle keine verwertbaren Ideen und überhaupt keine Konzeption.

3 **Der Resedevisenfonds**

Dann klingelte eines Sonntags am Nachmittag mein häusliches Telefon. Es war etwa drei Wochen nach dem Fall der Mauer, Horst Köhler war dran und bat mich, in die Ständige Vertretung der DDR zu kommen. Ob ich wüsste, wo die wäre. „Ja,“ sagte ich, „da wohnten meine Schwiegereltern um die Ecke.“ Als ich die ständige Vertretung erreichte, waren dort bereits Köhler und Tietmeyer. Wir trafen eine sehr elegante Dame aus dem DDR-Finanzministerium, Frau Dr. König. Sie leitete die Grundsatzabteilung im DDR-Finanzministerium und wurde begleitet von

einem Herrn Meyer, der ein Vizepräsident der Staatsbank der DDR war. Sie berichteten uns, Schalck-Golodkowski sei seit heute Nachmittag verschwunden. Das war aber nicht der Anlass ihrer Gesprächswünsche. Sie trugen vor, dass die DDR statt des Begrüßungsgeldes, das von den grenznahen westdeutschen Banken und Sparkassen ausbezahlt wurde, selbst Reisedevisen auszahlen lassen könnte, dass sie aber entsprechende Mittel von der Bundesrepublik benötigen.

Darüber verhandelten wir in den kommenden Wochen gemeinsam mit der Bundesbank, und so entstanden die ersten Kontakte. Wir schufen einen von der DDR verwalteten, aber mit bundesdeutschen Mitteln gespeisten Reisedevisenfonds. Er kostete die Kleinigkeit von drei Milliarden D-Mark und war der erste tiefe Griff in die bundesdeutsche Kasse, dem noch viele folgen sollten. Das von der Bundesbank auszuliefernde und der Bundesregierung zu bezahlende Bargeld sollte vor Weihnachten in die DDR geschafft, zwischen den Jahren an die unterschiedlichen Staatsbankstellen und anderen Banken verteilt und ab Neujahr ausgezahlt werden.

Die Vorbereitungen waren kurz vor Weihnachten abgeschlossen, die Verträge waren unterschrieben, und ich freute mich auf ein paar Ferientage. In dieser vorweihnachtlichen Stimmung rief mich an einem späten Nachmittag Wendelin Hartmann von der Bundesbank an. Er war dort der Zentralbereichsleiter für den Zahlungsverkehr. Auf dem Hof der Bundesbank stünden fünf Tiefkoffer mit Banknoten, bereit zur Abfahrt in die DDR. Präsident Pöhl sei schon in Skiurlaub, und Herr Schlesinger, der Vizepräsident, weigerte sich, die Auslieferung freizugeben. Es fehle die Genehmigung des Bundesfinanzministeriums.

Ich erwiderte, dass diese längst vorliegen müsste, meine Vorlage sei vor fünf Tagen an den Minister gegangen. Darum müssten doch alle Formalitäten erledigt sein. In der Bundesbank lagen sie aber nicht vor, und der Vizepräsident wollte ohne schriftliche Genehmigung die Auslieferung nicht freigeben. Daraufhin eilte ich ins Ministerbüro. Es war mittlerweile 18:30 Uhr. Ich traf Frau Aschenbrenner, die Büroleiterin und schilderte ihr das Problem. Es kam der Persönliche Referent. Der Minister war auf der Weihnachtsfeier der CSU, deshalb gruben wir gemeinsam – ich trat vornehm zurück, weil es ja nicht mein Schreibtisch war – auf dem Ministertisch und siehe: Dort lag die Vorlage ununterschrieben. Der Referent fuhr zur Weihnachtsfeier, und ich rief bei Herrn Hartmann an und sagte, es wäre alles gefunden, und er könnte jetzt freigeben. Aber nein: Herr Schlesinger wollte die Unterschrift sehen. Ich sagte, dann müssten wir die ja faxen. Also Faxgeräte, muss man wissen, waren damals nicht sehr weit verbreitet. Es gab aber eins im Ministerbüro. Also warteten wir, und irgendwann kam der vom Minister am Rande der Weihnachtsfeier unterschriebene Brief zurück. Das Blatt mit der Unterschrift wurde gefaxt, und dann gab Schlesinger die fünf Transporter frei. Die rollten dann etwas verspätet in die DDR, um den Reisedevisenfonds mit Bargeld zu füllen. Seitdem weiß ich, dass Bargeld eine sehr gewichtige Angelegenheit ist und dass drei Milliarden D-Mark in kleinen Scheinen nicht so einfach in Aktentaschen davongetragen werden können.

In diesen Wochen der Vorbereitung des Reisedevisenfonds schritt die Destabilisierung in der DDR mit hohem Tempo fort. Bundeskanzler Kohl war mit seinem Zehn-Punkte-Plan an die Öffentlichkeit getreten. Nach seinem Besuch in Dresden stiegen die Ausreisezahlen wieder an, und wir stellten uns die Frage: Was können wir tun, um solch ein System irgendwie vernünftig weiterzuentwickeln? Der Gedanke der Einheit war in weiter Ferne, das Modell Föderation galt noch als utopisch. Ich hatte alle zur Verfügung stehenden Daten über die DDR-Wirtschaft bei mir gesammelt und im Gesamtdeutschen Institut alle einschlägigen Veröffentlichungen ausgeliehen. Ich brütete und schrieb Vermerk auf Vermerk. Es war jetzt Anfang Dezember, und

die große Zeit der Stufenpläne begann. Der Sachverständigenrat für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung brachte sein Sondergutachten mit der Idee einer Zollunion und flexiblen Wechselkursen zwischen beiden Ländern.

4 Die deutsch-deutsche Währungsunion

Irgendwann, kurz vor Weihnachten 1990, merkte ich, das waren alles gedankliche Irrwege. Dies wurde mir am folgenden Gedankenexperiment klar.

Jeder DDR-Bürger war ja zugleich bundesdeutscher Staatsbürger. Die Sozialhilfe für eine Familie betrug damals circa 800 bis 1000 DM, das Umtauschverhältnis von Ostmark und Westmark war 1:7. Damit war der Weg für den rational denkenden DDR-Bürger vorgezeichnet: Man fuhr mit der Bahn oder fuhr mit seinem Trabi beispielsweise von Magdeburg nach Wolfsburg, meldete sich beim Sozialamt an, mietete eine kleine Unterkunft und hatte Anspruch auf Sozialhilfe. Diese Sozialhilfe aber war in der DDR, 50 Kilometer weiter im Osten, 7000 Ostmark wert. Als Ökonom nennt man so etwa Arbitrage. Die in D-Mark ausgezahlte Sozialhilfe machte einen in der DDR zum reichen Mann.

Denn es ist ja eine Legende zu glauben, dass man damals in der DDR für Geld nichts kaufen konnte. Man konnte sehr viel kaufen. Man konnte Lebensmittel kaufen und Textilien, wenn auch von einfacher Qualität. Man kaufte alle einfachen Waren zu subventionierten Preisen. Und es war völlig klar: Wenn das einer machte, war es nicht schlimm, machten es Tausende, war es auch nicht schlimm, kamen Hunderttausende auf den Dreh, dann war die DDR im Nu leergekauft und das System war am Ende. Denn damals lag der Durchschnittslohn, für den man in der DDR arbeitete, zwischen 1100 und 1500 D-Mark Ost. Nur Altruisten oder absolute Systemfanatiker würden weiterhin für 1100 bis 1500 Ostmark arbeiten. Alle anderen aber sicherlich nicht, wenn sie 80 km weiter im Westen ohne Arbeit umgerechnet 7000 Ostmark bekämen (Sarrazin 2010a). Dieses Problem war mit den bisherigen Vorschlägen nicht lösbar – außer, man hätte das Residenzrecht von DDR-Bürgern in der Bundesrepublik oder mindestens ihren Sozialhilfeanspruch gestrichen. Man hätte die gefallene Mauer durch eine Zollgrenze ersetzen und die Einfuhr von Devisen in die DDR regulieren müssen. Nur so wäre das System noch haltbar gewesen. Diese Maßnahmen wiederum waren natürlich politisch undenkbar. Man konnte nicht in dem Augenblick, wo die Mauer fiel, die DDR-Bürger zu Bundesbürgern zweiter Klasse machen.

Das, was die DDR 44 Jahre lang nicht durchsetzen konnte, die Einschränkung einer einheitlichen deutschen Staatsbürgerschaft, ließ sich schon gar nicht im Zeitpunkt ihres wahrscheinlichen Untergangs durchsetzen. Die DDR war so reformfähig wie ein löchriger Eimer zum Wasserholen, an dem man alle Reparaturmethoden anwenden darf, außer das Loch zu stopfen. So etwa war dies von der Aufgabenstellung her. Und damit war für mich klar, dass alle Stufenpläne und allmählichen Übergangslösungen zum Scheitern verurteilt waren.

Und daneben plagte mich eine andere Sorge, die über meine engen Zuständigkeiten im Finanzministerium hinausging: Wenn wir durch finanzielle Hilfen die DDR als Staat stabilisierten, würden wir genau die stärken, die keine deutsche Einheit wollten, sondern einen demokratischen dritten deutschen Staat. Und das waren ja nicht nur die Herren von der SED. Es war auch ein großer Teil der DDR-Bürgerrechtler. Die kürzlich leider verstorbene Bürgerrechtlerin Bärbel

Bohley sagte mir noch im Sommer 2009 bei einer gemeinsamen Podiumsveranstaltung, wenn es damals nach ihr gegangen wäre, dann wäre die DDR niemals abgeschafft worden.

Es gab auch international und in der Bundesrepublik starke Kräfte – auch in meiner eigenen Partei – die für die fortgesetzte Eigenstaatlichkeit der DDR votierten. Um die Jahreswende 1989/90 kam es drauf an, in der Bewegung der politischen Verhältnisse auf solche Weise vollendete Tatsachen zu schaffen, dass der Weg zur Einheit unumkehrbar war.

Und damit war klar: Maßnahmen, die die DDR als System hätten stabilisieren können, waren der grundsätzlich falsche Weg. Natürlich war ich als Referatsleiter im Finanzministerium für diese großen Fragen nicht zuständig. Aber ich hatte eine – wenn auch kleine – Zuständigkeit für nationale Währungsfragen und war mittlerweile der DDR-Experte des Bundesfinanzministeriums. Um Erfolg zu haben, muss man etwas aus den Zuständigkeiten machen, die man in dem Augenblick gerade hat.

Mittlerweile ergab sich im Bundesfinanzministerium eine weitere Veränderung: Hans Tietmeyer wechselte im Dezember 1989 zur Bundesbank. Horst Köhler rückte als Staatssekretär nach, und ich bemerkte in den Dialogen mit ihm und auch mit Minister Theo Waigel ein großes Drängen, verbunden mit Unsicherheit. Denn natürlich wurden beide bombardiert mit Fragen aus dem Kanzleramt und von woandersher.

Ich beschloss, den in der DDR unumgänglichen Anpassungsprozess vom Ende her zu denken. Am Ende eines Reformprozesses, selbst wenn die DDR fortbestünde, müssten in jedem Falle freie Preisbildung, freie Lohnbildung, Privateigentum an den Produktionsmitteln und eine konvertible Währung stehen. Wenn das der Endzustand war, der so oder so kommen müsste, war die Frage, ob man die vorhandenen Strukturen in der DDR weiter finanziell stützen sollte, oder ob man nicht einen anderen Weg einschlagen sollte.

Und dann reifte bei mir die Idee, den Wandel als Tauschgeschäft zu gestalten: Die Bundesrepublik gibt der DDR eine konvertible Währung, und die DDR führt als Gegenleistung all die Reformen, die andernfalls Jahre und Jahrzehnte dauern würden, sofort und mit einem Schlag durch. Dieses Zug-um-Zug-Geschäft könnte man schnell durchführen. Ich musste allerdings zeigen, dass dies rein technisch machbar war und dass die Stabilität der D-Mark dadurch nicht beeinträchtigt würde. Denn das war ja die größte Angst der Westdeutschen. Die Bundesbürger dachten zuerst an die Inflation und erst dann an die Brüder und Schwestern im Osten. Auch bei einer schnellen Transformation durfte zudem kein Chaos entstehen, und man musste auf die Stimmungslage in Ost und West achten.

Mit dem Ziel, einen ordnungspolitischen Rahmen für eine ganz schnelle Transformation aufzustellen, fing ich an zu rechnen: Ich berechnete das Wirtschaftspotenzial der DDR, die zur Umstellung nötige Geldmenge, verglich das Preisniveau und die Arbeitsproduktivität in der DDR mit den entsprechenden Daten in der Bundesrepublik. Das Sozialprodukt pro Kopf lag nach DIW-Berechnungen etwa bei 40 Prozent des westdeutschen. Ich leitete die gegenwärtige Geldmenge aus den entsprechenden Statistiken des DDR-Jahrbuchs ab und plausibilisierte die Ergebnisse mit der bereits errechneten Relation der Produktivität und dem Verhältnis der Bevölkerungszahlen. Ich kam zum Ergebnis, dass die DDR damals etwa zehn Prozent des westdeutschen Wirtschaftspotentials hatte. Das Verhältnis der Wirtschaftskraft entsprach auf der Basis von M_3 auch dem Verhältnis der in beiden Volkswirtschaften umlaufenden Geldmenge.

Bei den Preisen ergab sich, dass trotz völlig unterschiedlicher Preisstruktur die Binnenkaufkraft der Ostmark und der D-Mark auf der Konsumentenebene etwa identisch waren. Der Eindruck einer viele höheren Kaufkraft der D-Mark war berechtigt für Industriewaren, nicht aber für den gesamten Warenkorb eines Konsumenten, der in hohem Umfang durch günstige bzw. unentgeltliche staatliche Dienstleistungen, die niedrigen Mieten und stark subventionierten Waren des Grundbedarfs bestimmt war.

Die Löhne der DDR betragen damals im Durchschnitt 1200 bis 1300 D-Mark. Die Verdienstuntergrenze lag bei etwa 900 D-Mark, die Obergrenze bei etwa 1500 bis 1600 D-Mark. Das durchschnittliche Niveau passte zu den bundesrepublikanischen Verhältnissen: Ein Vollzeitbeschäftigter bekam damals im Durchschnitt 2800 D-Mark, das heißt das Verhältnis 40 Prozent bildete sich auch hier ab. Es stellte sich allerdings heraus, dass wenn man die Löhne, Mieten und alle anderen Verträge 1:1 umstellen wollte, Teile der Sparguthaben hätte sperren müssen. Es war klar, dass man nicht alles sofort freigeben konnte. Aber man hätte sie in Bundesanleihen oder ähnliche Papiere umwandeln lassen können und sie mit gewissen Fristen binden. Dann hätte sich die vorhandene Kaufkraft aus Sparguthaben systematisch einbinden lassen.

Die DDR hatte einen überdimensionierten Industriesektor. Ich prognostizierte, dass es innerhalb weniger Monate nach der Währungsumstellung 1,4 Millionen Arbeitslose geben würde. Das bedeutete, dass mit der Währungsumstellung eine Arbeitslosenversicherung und ein der Sozialhilfe ähnelndes Sicherungsnetz eingerichtet werden musste.

Alle diese Überlegungen stellte ich in größter Vertraulichkeit an und hatte dabei bloß zwei Gesprächspartner: Host Köhler als Staatssekretär und Gerd Haller als Abteilungsleiter. Letzterer war abwägend und vorsichtig, er bremste eher meinen Elan. Horst Köhler war hin- und hergerissen, wollte nicht, dass etwas aufgeschrieben wurde, und legte Wert auf größte Geheimhaltung. Am 26. Januar 1990 schließlich, einem Freitag, gab mir Staatssekretär Köhler den Auftrag, meine Gedanken im Zusammenhang zu Papier zu bringen. Am Morgen des 29. Januar gab ich einen 14-seitigen Vermerk im Büro des Staatssekretärs ab, der eine Blaupause für die Einführung der D-Mark in der DDR und die begleitenden ordnungspolitischen Reformen enthielt.

Am Dienstagabend teilte mir Horst Köhler mit, dass Minister Waigel und er die Überlegungen zu einer Währungsunion dem Bundeskanzler vorgetragen hätten. Der Bundeskanzler habe den Vorschlag aufgegriffen und werde der DDR beim Besuch von Ministerpräsident Modrow in der kommenden Woche ein entsprechendes Angebot machen.

Im Finanzministerium würde unter meiner Leitung eine Arbeitsgruppe „Innerdeutsche Beziehungen“ eingerichtet, die für die Vorbereitung einer Währungsunion zuständig sein sollte.

Ich wusste kaum wie mir geschah. Ich hatte quasi im Alleingang ein, wie ich fand, sehr kühnes und sicherlich kontroverses Papier geschrieben, und plötzlich wurde der Inhalt des Papiers zur Basis der wichtigsten Entscheidung, die in der Bundesrepublik seit Jahrzehnten getroffen worden war. Ich hatte ja bei meinen Überlegungen keine Mitarbeiter beteiligt, um die Vertraulichkeit sicherzustellen, und schon gar nicht die Bundesbank. Ich hatte keine einzige Zahl von der Bundesbank geholt, denn die dortigen Verantwortlichen wären ja sowieso gegen meine Überlegungen gewesen. Aber das Thema Bundesbank drohte nun. Am Montag, dem 8. Februar, einen Tag vor der geplanten Ankündigung und Veröffentlichung durch Bundeskanzler Kohl, wurde Bundesbankpräsident Pöhl zu einem Vieraugengespräch bei Minister Waigel eingeladen. Ich

fertigte den Vermerk dazu, der von Horst Köhler mit Akribie redigiert wurde. Das Gespräch fand auch statt, wie ich mich bei der Büroleiterin *Aschenbrenner* versicherte. Für den folgenden Tag – einen Tag vor dem Modrow-Besuch – war die öffentliche Ankündigung des Angebots einer Währungsunion durch Bundeskanzler *Kohl* geplant.

An diesem Dienstagabend ging ich eher nach Hause, um dort pünktlich um 20:00 Uhr die Tagesschau zu sehen. Zunächst war *Kohl* im Bild, und dann wurde nach Ost-Berlin umgeschaltet: Bundesbankpräsident *Pöhl* stand vor der DDR-Staatsbank, jetzt KfW, am Gendarmenmarkt. Neben ihm stand der DDR-Notenbankpräsident *Kaminski* und *Pöhl* wurde gefragt: „Herr *Pöhl*, können Sie sich vorstellen, dass die DM in der DDR eingeführt wird?“ Antwort: „Eine völlig absurde Idee. Vielleicht in zehn Jahren“. Mit sonorer Stimme fegte er alles vom Tisch. Es war die Zeit vor dem Mobil-Telefon, und es gab in der DDR auch noch keine Faxgeräte. Die Fernsehcrews von ZDF und ARD, die *Pöhl* in Ost-Berlin begleiteten, hatten ebenfalls keine Nachrichtenverbindung in den Westen. Sie wussten also nichts von den Plänen der Bundesregierung. Ich war schockiert, *Pöhl* hatte offenbar trotz meines schönen Vermerks keinen blassen Schimmer von der angekündigten Währungsunion. Später, im Heute-Journal, trat ein bleicher, aber mittlerweile besser informierter *Pöhl* auf und sagte, es handele sich um eine politische Entscheidung.

Am nächsten Tag fragte ich die Ministerbüroleiterin Frau *Aschenbrenner*, was denn da los gewesen sei. Sie sagte, das Gespräch habe stattgefunden, und mein Vermerk habe dazu vorgelegen. 20 Jahre habe ich über den tatsächlichen Ablauf gerätselt. Im Sommer 2009, fragte ich schließlich *Theo Waigel* bei einem Empfang, wie es denn damals wirklich gewesen war zwischen *Pöhl* und ihm. Er antwortete, er habe sich bemüht, *Pöhl* die unangenehme Entscheidung vorsichtig zu überbringen, und habe gesagt – jetzt kommt ein Original *Waigel*-Zitat: „Herr *Pöhl*, Sie müssen verstehen, es kann eine Situation kommen, in der die Bundesregierung sagt, Kobra übernehmen Sie.“ Für die Jüngeren oder für die Fernseh muffel: das war zu jener Zeit eine bekannte Kriminalserie. Offenbar sah *Pöhl* nicht fern oder er sah andere Sendungen, jedenfalls er wusste nicht, was diese Bemerkung bedeutete.

Zwei Tage nach dem Angebot an die DDR hatte *Horst Köhler* die Bundesbank zu einem Informationsgespräch geladen. Ich war zugegen. Es erschienen ein wutschnaubender Vizepräsident *Schlesinger* und ein finster guckender Staatssekretär a.D. *Tietmeyer*. Für diese war ich der Sündenbock. Mittlerweile hatte die Deutsche Bundesbank meinen Vermerk. *Tietmeyer* sagte gar nichts. Er war zu schlau, und er wusste, dass die Entscheidung zur Währungsunion unwiderruflich war. *Schlesinger* dagegen empörte sich: „Unmöglich! Umtauschkurs 1:1, das ist völliger geldpolitischer Unfug.“ Ich wollte immer dagegen argumentieren. Da trat mir *Köhler* gegen das Schienbein. Das erste Mal meinte ich, war es ein Versehen. Beim zweiten Mal hatte ich es dann kapiert und ich hielt den Mund. *Köhler* nickte immer mit dem Kopf und *Haller* machte ein mitfühlendes Gesicht. Nach dem Gespräch fragte ich den Staatssekretär, weshalb er mir den Mund verboten habe. „Ja“, erwiderte er, „wissen Sie was, es ist jetzt ganz einfach: Wir machen die Währungsunion, müssen der Bundesbank aber helfen, dass sie ihr Gesicht nicht noch mehr verliert, als sie es schon verloren hat, denn wir brauchen sie dabei. Und ab sofort gilt, dass, sofern die Währungsunion kommt, wir alles machen, was die Bundesbank will.“

Als guter Beamter akzeptierte ich das natürlich. Aufgrund meiner Analysen wusste ich ja sowieso, dass die endlosen Diskussionen über unterschiedliche Umstellungsrelationen für laufende Zahlungen nur bei 1:1 enden konnten. Von Herrn *Schlesingers* Vorstellungen blieben zwei Dinge übrig: Die Geldbestände und die Schuldenbestände wurden im Verhältnis 1:2 umgestellt und

letztere nicht gestrichen. Ich hatte in meinem Konzept vorgesehen, alle Schulden zu streichen. Denn alle DDR-Schulden waren in meinem Verständnis die Salden von Verwaltung. Es waren ja alles Zweige der Staatsverwaltung.

Die Schuldenfrage haben wir dann mit dem DM-Bilanzgesetz unter ganz großen Umwegen im Jahre 1992 geregelt. Im Ergebnis wurden fast alle Schulden von Treuhandunternehmen gestrichen.

5 Einwände gegen die Währungsunion

Mit diesen Geschehnissen in der Zeit vom 9. November bis zum 15. Februar kam eine unaufhaltbare Entwicklung in Gang. Der Zug rollte zunächst in Richtung Währungsunion, denn der Führung der DDR blieb gar nichts anderes übrig, als das Angebot anzunehmen, sonst wäre sie gleich hinweggefegt worden. Danach rollte der Zug mit hohem Tempo weiter in Richtung deutsche Einheit, denn die DDR konnte die Währungsunion weder finanziell noch politisch überleben. Insofern war es dann folgerichtig, dass die Einheit schon drei Monate nach der Währungsunion am 3. Oktober 1990 kam. Ursprünglich hatte ich in meiner Blaupause für den Beginn der Währungsunion den 1. Januar 1991 vorgesehen. Meine Vorstellung, so etwas könne man in elf Monaten vorbereiten und durchziehen, galt zunächst als skandalös schnell. Und wurde gleichwohl durch die Wirklichkeit überholt.

Einwände gegen den damals beschrittenen Weg werden immer wieder erhoben, und auf einige von ihnen gehe ich nachfolgend ein:

Die Währungsunion ist verantwortlich für den Zusammenbruch der Wirtschaft der DDR, insbesondere das Umstellungsverhältnis von 1:1 hat dazu beigetragen.

Meine Blaupause enthielt die Prognose, dass die Währungsumstellung zu einer Freisetzung von 35 bis 40 Prozent der Industriebeschäftigten führen würde, die sich daraus ergebende Arbeitslosigkeit in der DDR hatte ich auf 1,4 Millionen geschätzt. Im März 1990 hatte ich berechnet, dass eine schnelle Modernisierung des Kapitalstocks der DDR Richtung westdeutsches Niveau einen jährlichen Kapitalimport in dreistelliger Milliardenhöhe erfordern würde. Zu einer Umstellung der laufenden Zahlungen im Verhältnis 1:1 gab es damals aus meiner Sicht keine vernünftige Alternative, und dieser Ansicht bin ich noch heute. Nur so konnte die Kaufkraft der Arbeitseinkommen in der DDR stabil gehalten werden, da ja alle Preissubventionen entfielen.

Die Kosten für den westdeutschen Steuerzahler sind weit unterschätzt worden.

Als zuständiger Fachbeamter war es mein Ehrgeiz und meine Pflicht, Kosten und Risiken aufzuzeigen. Das habe ich intern getan, wir sind nicht blind in etwas hineingelaufen. Aber ich stand zu 100 Prozent hinter dem Kurs des Hauses und der Bundesregierung, die Währungsunion anzubieten. Jeder wusste, dass wir ein Wagnis eingingen. Im Frühjahr 1990 ging es darum, die Wirtschafts- und Währungsunion unwiderruflich auf den Weg zu bringen als Vorstufe zur Deutschen Einheit. Sie musste zu einem Erfolg werden. Auch ich hätte den Prozess mit größter Dynamik vorangetrieben, wenn ich politisch verantwortlich gewesen wäre. Eine seriöse Alterna-

tive war ja auch nicht zu erkennen – außer man peilte eine Lösung mit zwei deutschen Staaten an, wie der spätere SPD-Kanzlerkandidat Oskar Lafontaine es wollte.

Ein allmählicher Übergang wäre die bessere Alternative gewesen.

Ohne D-Mark in der DDR wäre die beispiellose Massenflucht nur mit einer neuen innerdeutschen Grenze einzudämmen gewesen. Wir mussten den Ostdeutschen vor Ort eine vernünftige Perspektive vermitteln. Die Lage in anderen Ostblockländern war völlig anders: Die Polen wollten in Polen leben, die Tschechen wollten in der Tschechoslowakei leben, die Ungarn in Ungarn, aber die DDR-Bürger wollten in Deutschland leben.

Natürlich wäre es arrogant zu sagen, man hätte in den wenigen Wochen der Entscheidung gar nichts anders machen können. Aber zu folgenden wesentlichen damaligen Entscheidungen sehe ich auch heute keine Alternative: Erstens die Einführung der D-Mark im Tausch gegen einen marktwirtschaftlichen Ordnungsrahmen in der DDR. Denn das war gleichbedeutend mit der Entmachtung und Umschichtung der alten Strukturen. Zweitens den Umtauschkurs für laufende Zahlungen von 1:1. Das war ohne Alternative.

Die Binnenkaufkraft der DDR-Mark war in etwa so hoch wie die Binnenkaufkraft der West-Mark. Zwar kostete ein Wartburg 30 000 und ein Farbfernseher 5 000 Ostmark, aber das repräsentierte ja nicht den gesamten Warenkorb (Sarrazin 2010b). Dazu gehörten Lebensmittel, Energie, Mieten und soziale Dienstleistungen. Und so gesehen konnte man für die DDR-Mark in der DDR genauso viel kaufen wie mit der D-Mark in der Bundesrepublik. Wenn man einen Umtauschkurs von 1:2 angewandt hätte, hätte sich der Lebensstandard im Osten mit einem Schlag halbiert. Das ging nicht.

Der Zustand der DDR-Wirtschaft wurde bei der Entscheidung für die Währungsunion falsch eingeschätzt.

Es gab in der Bundesrepublik eine etablierte DDR-Forschung, deren Erkenntnisse hatte ich studiert. Es gab Berechnungen des DIW Berlin, nach denen die Arbeitsproduktivität in der DDR-Wirtschaft bei 45 bis 60 Prozent des westdeutschen Niveaus lag. Auch das Statistische Jahrbuch der DDR enthielt nützliche Informationen. Dessen letzte, im Sommer 1990 erschienene Ausgabe, hatte zum Beispiel richtige Angaben zu Geldumlauf, Sparguthaben und Ähnlichem. Was vorhanden war, habe ich in den Monaten bis zur Entscheidung im Januar ausgewertet und auch benutzt. Dennoch war damals klar: Wenn zu einem Stichtag die D-Mark für alle Unternehmen in der DDR eingeführt wird, dann ist das ein Sprung ins kalte Wasser. Die Industrieprodukte der DDR waren zwar im technischen Kern solide. Es waren ja Produkte einer deutschen Industriegesellschaft, aber sie waren gemessen an den Standards der Weltmärkte etwa 20 Jahre zurück und auch im Design wenig marktgerecht. Insofern war von Anfang an klar, dass die Produktpalette in großen Teilen nicht überlebensfähig war, und die seit 50 Jahren immer wieder geflickten Produktionsanlagen waren es auch nicht. Die DDR-Wirtschaft hatte 40 Jahre des Strukturwandels verpasst, und jetzt stand ihr ein Crashkurs bevor.

Die deutsch-deutsche Währungsunion hat die westdeutsche Währungsunion im Übermaß gefordert.

Richtig ist, dass man solche Anstrengungen nicht wiederholen kann, darum führen auch Parallelen zur Europäischen Währungsunion in die Irre. Die DDR war historisch ein Teil Deutschlands.

Die Menschen in der DDR fühlten sich zuerst als Deutsche und dann als DDR-Bürger, und die DDR grenzte unmittelbar an die Bundesrepublik an. Beide deutschen Staaten entstammten einer tausendjährigen gemeinsamen Staatlichkeit. Das kann man nicht vergleichen mit dem Verhältnis zwischen Griechenland und Deutschland.

Wenn ein reiches Westdeutschland mit 62 Millionen Einwohnern im Rahmen des Projekts deutsche Einheit eine heruntergewirtschaftete DDR mit 17 Millionen Einwohnern in das eigene Staatsgebiet aufnimmt, ist das ein anderes Thema als die Frage, was für eine Leistung ein alternes Deutschland mit 80 Millionen Einwohnern für einen Wirtschaftsraum von 450 Millionen erbringen kann. Das sind ganz unterschiedliche Fragen. Angenommen, wir wären 1989 ein Land mit 17 Millionen Bürgern gewesen und die DDR eines mit 60 Millionen, dann ist es ganz klar, diese Art von deutscher Einheit hätte nicht stattfinden können. Das konnten wir uns nur leisten, weil auf einen DDR-Bürger vier Bundesbürger kamen und nicht umgekehrt.

Das Versprechen der blühenden Landschaften wurde nicht eingelöst.

Die Infrastruktur im Osten hat im Wesentlichen auf westdeutsches Niveau aufgeschlossen. Der industrielle Kern in Ostdeutschland ist kleiner als in Westdeutschland, er ist aber gesund und modern, und er wächst sogar ein bisschen schneller. Zudem hat sich das Verhältnis von Transfers, von Güterproduktion und von Dienstleistungsexport sehr gut eingependelt. In Mecklenburg-Vorpommern gibt es jetzt mehr Touristen als in Bayern. Da sieht man, dass sich eine neue binnendeutsche Arbeitsteilung Bahn bricht. Die demografische Entwicklung führt dazu, dass der Arbeitskräftemangel bei jüngeren Leuten teils schon ausgeprägter ist als im Westen.

6 **Schlussbemerkung**

Ich habe oft über die Monate nach dem Mauerfall und über meine Rolle dabei nachgedacht. Die Politik war in Zugzwang, aber sie konnte nichts tun, ohne eine fachliche Abstützung eines politischen Angebots. Kein Minister wird eine größere Sache anstoßen, wenn er nicht irgendeine Vorlage aus seiner Verwaltung hat, die ihm den Weg weist und insoweit absichert. Der Bundeskanzler konnte das nicht tun ohne das positive Votum des für den Haushalt und die Währung zuständigen Ministers, das war der Bundesfinanzminister. Und dieser wiederum konnte nichts tun, ohne dass er ein Konzept seiner Fachbeamten hatte, die sagten, wie es geht und die sagten, dass es geht. Und dieser Fachbeamte war ich – so simpel war das. Oft habe ich überlegt, was wäre denn nun passiert, wenn ich entweder gar nichts gemacht hätte oder gesagt hätte, das geht so nicht. Es ist natürlich eine anmaßende Frage, aber es war so, es war keiner da, es war alles offen. Wäre die deutsche Geschichte anders verlaufen, hätte ich gerade nicht zufällig zu diesem Zeitpunkt dieses Referat geleitet, hätte ich nicht ein überzeugendes Papier präsentieren können oder hätte ich vor einer Währungsunion gewarnt? Ich weiß es nicht. Ich weiß nur positiv, aus dem ganzen BMF, von der Bundesbank und von dem gesamten wirtschaftswissenschaftlichen Sachverstand in Deutschland – soweit er sich in Instituten und Sachverständigenrat dokumentiert – wäre zu diesem Zeitpunkt ein solcher Vorschlag nicht gekommen. Die Politik hätte in dieser Situation ohne ein fachliches Votum da gestanden. Ob das fachliche Votum richtig war oder falsch, ist dabei übrigens sekundär.

Auf diese Art verläuft Geschichte, und so verläuft sie zu allen Zeiten. Nun kann ich sagen, ich bin einmal mit dabei gewesen und habe vielleicht einen Unterschied gemacht. Das ist die Gnade, wenn man zum richtigen Zeitpunkt an der richtigen Stelle ist. All die Ämter, die ich seitdem innegehabt habe – Staatssekretär in Rheinland-Pfalz, Geschäftsführer der Treuhand-Liegenschaftsgesellschaft, Bahnvorstand, Finanzsenator und die kurze Zeit im Vorstand der Bundesbank – waren aus dieser Sicht nur ein Nachspiel. So schön und abwechslungsreich diese Ämter auch waren.

Literaturverzeichnis

- Sarrazin, Thilo (2010a): 20 Jahre deutsch-deutsche Währungsunion: War Sie ein Fehler, Herr Sarrazin? *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 01. Juli 2010. www.faz.net/s/RubB8DFB31915A443D98590B0D538FC0BEC/Doc-EEF4730938AA84841AB30A776755AA23B~ATpl~Ecommon~Spezial.html
- Sarrazin, Thilo (2010b): Billionentransfers waren einkalkuliert. *Manager Magazin* vom 1. Juli 2010. www.manager-magazin.de/politik/artikel/0,2828,703860,00.html
- Sarrazin, Thilo (2010c): Es war niemand da, dem etwas einfiel ... *Deutschland Archiv*, 3/2000, 419–425.